

Locomotiven sank bei den ungünstigen Witterungsverhältnissen auf die Hälfte, sodaß mit der gleichen Anzahl Züge nur die Hälfte der beladenen Wagen abgefahren werden konnte. Nach Aufhören des Schneefalles sind auch die Leistungen wieder gewachsen; die Zahl der nicht rechtzeitig gestellten Wagen, welche am 22. noch 2474 betrug, sank am 23. auf 1168 und am 26. (Montag) auf 66, an welchem Tage über 4500 Wagen wieder rechtzeitig gestellt werden konnten. Immerhin bleibt es zweifelhaft, ob selbst die größten Anstrengungen des Personals, welches sich durch nicht genug anzuerkennende Aufopferung hervorgethan hat, im Stande sein werden, schon in der nächsten Zeit regelmäßige Wagenzufuhr und Abfuhr zu sichern, da der Lauf der Wagen noch auf manchen Strecken behindert ist und Locomotiven wie Wagen in Folge zahlreicher Radreifenbrüche und vielfacher Beschädigungen durch die abnormen Witterungseinflüsse in großer Zahl reparaturbedürftig geworden sind, auch neue Betriebsunterbrechungen einzelner Strecken der östlichen Bezirke durch Schneefall in den letzten Tagen noch gemeldet wurden.

Neuigkeiten aus der Verwaltung.

Atteste von Medicinalbeamten.

Da es wünschenswerth erschienen ist, den Medicinalbeamten einen größeren Schutz gegen Täuschung Seitens der Atteste verlangenden Privatpersonen und eine größere Freiheit in der Darstellung und Beurtheilung der festgestellten Zustände zu gewähren, so hat der Justizminister im Einvernehmen mit dem Minister der geistlichen u. Angelegenheiten die Bestimmung getroffen, daß, wenn nach den bisherigen Vorschriften oder nach den Umständen des Falles in der Strafrechtspflege die Unterstützung eines Antrags durch ein Attest eines Medicinalbeamten erforderlich erscheint, in der Regel Seitens der zuständigen Justizbehörde dem Antragsteller die Beibringung eines solchen Attestes auf seine Kosten aufzugeben ist. Demselben ist zugleich anheim zu stellen, sich von dem ihm zu bezeichnenden Physikus unter Vorzeigung der Verfügung untersuchen zu lassen, und ihm dabei zu bemerken, daß der Physikus das Attest unmittelbar zu den Akten einreichen werde.

Demgemäß werden die Medicinalbeamten fortan, wenn sich derartige Personen unter Vorlegung einer solchen Verfügung einer Justizbehörde wegen ihrer Untersuchung und der Anstellung eines Attestes an sie wenden, letzteres nicht an diese Personen auszuhandigen, sondern der betreffenden Justizbehörde zu den Akten einzusenden haben. Die direkte Einreichung des Attestes, insofern sich dieselbe ohne Schwierigkeiten ermöglichen läßt, ist auch in denjenigen Fällen zu bewirken, in welchen Privatpersonen die Ausstellung eines Attestes verlangen, ohne bereits im Besitze einer darauf bezüglichen behördlichen Weisung zu sein.

Politische Tagesfragen.

Dementi.

Die durch die Presse gehende Nachricht, der Bundesrath habe die in zweiter Lesung der Novelle zur Gewerbeordnung gefaßten Beschlüsse der VIII. Kommission des Reichstages in ihrer Gesamtheit für unannehmbar erklärt, ist unrichtig.

Hochwassernachrichten.

Cöln, 30. Januar. Es ist Regenwetter eingetreten. Das Waal-Eis ist in der vergangenen Nacht losgegangen, dagegen lauten die Berichte über die Lage an der Mündung des Main nicht befriedigend.

Holzwinden, 30. Januar. Hier ist die Weser wieder frei von Eis und in ihre Ufer zurückgetreten. Der Fährbetrieb über den Strom konnte wieder aufgenommen werden, auch der Fahrpostverkehr ist wieder regelmäßig.

Reblaus.

Die Untersuchung der Weinberge des Wiesbadener Bezirks auf die Reblausgefahr hatte wegen der bereits vorgerückten Zeit Ende Oktober eingestellt werden müssen, so daß in diesem Jahre nur sämtliche Weinberge der Gemarkungen St. Goarshausen und Bornich untersucht werden konnten. In diesem wurden 79 141 qm. Weinbergsflächen mit 6536 kranken und 65 549 gesunden Stöcken vernichtet. An Entschädigung werden hierfür gegen 50 000 Mark bezahlt werden müssen.

Wiesenbaukunst.

In den weniger begünstigten Gegenden des Wiesbadener Bezirks, insbesondere im Oberwesterwaldkreise und im Kreise Westerburg ist man eifrig darauf bedacht, die bisher nur einen geringwerthigen Ertrag liefernden, aber sonst gut gelegenen Wiesenflächen durch Meliorationen ertragreicher zu machen. Um die Bevölkerung zur Vornahme der hierzu

erforderlichen Arbeiten geschickter zu machen, werden Wiesenbaucurse eingerichtet, Wiesenwärter angestellt, welche unter Oberleitung eines Wiesenbaumeisters den Wiesenbau leiten, und durch Veröffentlichung geeigneter, populär geschriebener Schriften im Kreisblatt und in sonst gelesenen Blättern, sowie durch Vorträge die interessirten Wiesenbesitzer theoretisch belehrt.

Emder Heringsfischerei.

Die letzte Reise der Logger hat von 10 Schiffen nur 1425 Tonnen Fang ergeben. Der Gesamtfang des Jahres 1890 beträgt 15 890 Kantjes oder 12 100 Tonnen Handelspackung gegen 13 500 Tonnen im Vorjahre. Die Preise waren etwas besser, durchschnittlich 29 Mk. pro Tonne, der Gesamtterlös betrug 350 900 Mk. also 500 Mk. mehr als im Vorjahre.

Politische Wochenschau.

Aus dem Inlande.

Am Vorabend von Kaisers Geburtstag fand die

Taufe

des sechsten Prinzen des Kaiserhauses Joachim Franz Humbert im königlichen Schlosse statt. Der Kaiser von Oesterreich hatte sich durch Erzherzog Eugen, König Humbert von Italien durch den Herzog von Genua vertreten lassen. Am 27. trafen aus allen Theilen des Reichs Nachrichten über festliche Veranstaltungen zum

Geburtstage unseres Kaisers

ein. Die Reichshauptstadt war des Abends, obgleich die öffentlichen Gebäude in Folge des kaiserlichen Befehls, daß keine Illumination auf Staatskosten geschehe, an dem Lichterglanz keinen Theil nahmen, aufs Reichste erleuchtet. Wie der Kaiser in seinem Dankerlaß an den Reichskanzler sagt, sind ihm an diesem Tage, den er Dank Gottes gnädiger Fügung mit besonderer Freude über das ihm zu Theil gewordene Familienglück erleben konnte, telegraphische und schriftliche Glückwünsche in reicher Zahl zugegangen und haben diese Beweise liebevoller Theilnahme zur Erhöhung der Festesfreude Sr. Majestät beigetragen. Von den Ministern wurden ausgezeichnet Finanzminister Dr. Miquel mit dem rothen Adlerorden erster Klasse mit Eichenlaub, Handelsminister Freiherr von Berlepsch und Landwirtschaftsminister von Heyden mit dem Stern zum rothen Adlerorden zweiter Klasse mit Eichenlaub, Minister des Innern Hertfurth mit dem Stern der Komthure des königlichen Hausordens von Hohenzollern; der Chef des Civilcabinetts Dr. von Lucanus erhielt den rothen Adlerorden erster Klasse mit Eichenlaub.

Prinz

Heinrich

ist mit seiner Gemahlin und dem Hofstaat auf einige Zeit nach Berlin übergesiedelt. Am Abend von Kaisers Geburtstag reiste er nach Brüssel, um seinen kaiserlichen Bruder bei den Feierlichkeiten der Weisung des Prinzen Balbain von Flandern zu vertreten.

Das Plenum des Reichstages führte die zweite Lesung des Etats des Reichsamtes des Innern zu Ende, eben so des Etats des Reichsschatzamtens. Zu lebhafteren Debatten kam es beim Etat der

Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung

es wurden Wünsche auf Herabsetzung der Fernspreckgebühren laut, eine Petition von 234 Zeitungen wünschte eine Verbilligung der telegraphischen Zeitungscorrespondenz. In ersterer Beziehung konnte der Staatssekretär v. Stephan darauf verweisen, daß unsere Fernspreckgebühren weit billiger sind, als die in Frankreich, Belgien, England, Amerika und daß hier doch wesentlich nur ein Interesse der „oberen Zehntausend“ vorliege. Noch weniger war er geneigt, auf die Zeitungspetition einzugehen, welche in der That ein Privilegium für die Tagespresse verlangt, das mit dem gleichen Recht auch andere Kreise, z. B. die Börse, gemeinnützige Anstalten, verlangen könnten. Auch der Vertrag mit dem Wolffschen Telegraphenbureau und insbesondere der Vorzug, den Wolffsche Depeschen bei der Beförderung vor anderen genießen, kam zur Sprache. Der Vertrag ist nicht von der Reichspostverwaltung abgeschlossen sondern aus Preußen übernommen worden. Von einer Seite wurde das Projekt der Postsparkassen wieder angeregt, worauf Herr von Stephan erwiderte, daß neuerdings keine Erwägungen hierüber stattgefunden hätten, aber der Reichskanzler nicht abgeneigt sei, diese Maßregel, die dazu dienen soll, die Wohlfahrt namentlich der unteren Klassen zu befördern, in wohlwollende und selbstverständlich gründliche Erwägung zu nehmen. Der bisherige Vorzug hat seinen guten Grund. Es wurden der Postverwaltung in Folge der neuen socialen Gesetzgebung so große Lasten auferlegt, daß sie doch jetzt den Versuch machen muß, ob sie auch den neuen Aufgaben genügen kann, ob nicht die Ordnung und Sicherheit im Rassenbetrieb der 20 000 Postanstalten und die Leichtigkeit im Verkehr mit dem Publikum gehindert wird durch diese neuen Lasten. Darüber soll erst einmal eine Probe angestellt werden.